

Sebastian Haunss, Peter Ullrich

Viel Bewegung – wenig Forschung : Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik

Article, Published version

This version is available at <http://nbn-resolving.de/http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:83-opus4-73070>.



Suggested Citation

Haunss, Sebastian; Ullrich, Peter: Viel Bewegung – wenig Forschung : Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik. - In: Soziologie : Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. - ISSN: 0340-918X (print), 1862-2550 (online). - 42 (2013), 3. - S. 290-304.

Terms of Use

German Copyright applies. A non-exclusive, non-transferable and limited right to use is granted. This document is intended solely for personal, non-commercial use.

Viel Bewegung – wenig Forschung

Zu- und Gegenstand von sozialwissenschaftlicher
Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik

Sebastian Haunss und Peter Ullrich

Zustand

Wir leben in einer »Bewegungsgesellschaft« (Meyer, Tarrow 1998; Neidhardt, Rucht 1993). Seit den 1960er Jahren sind Proteste und soziale Bewegungen zum festen Bestandteil des bundesdeutschen politischen Systems geworden. Die Zahl der Proteste und der ProtestteilnehmerInnen ist zwar in einzelnen Jahren starken Schwankungen ausgesetzt, hat sich aber im Durchschnitt seit Ende der 1960er Jahre auf einem hohen Niveau stabilisiert (Neidhardt, Rucht 2001). Wie in anderen westlichen Ländern auch, hat der Protestzyklus der 1960er Jahre zu einer Etablierung und Normalisierung von bewegungsförmigen Protesten geführt. Längst sind die Formen so genannter »unkonventioneller Beteiligung« zum festen Bestandteil politischer Auseinandersetzungen geworden (Roth, Rucht 2008), und selbst etablierte politische Akteure bis hin zu politischen Parteien greifen immer wieder auf manche eigentlich den sozialen Bewegungen zugeschriebenen Protestformen, wie Demonstration, Kundgebung, Unterschriften-sammlung bis hin zu Akten zivilen Ungehorsams, zurück.¹ Die Veralltägli-

1 Beredte historische Beispiele für diesen Konnex sind die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, die der ArbeiterInnenbewegung entstammen und die aus der Umwelt- und BürgerInnenrechtsbewegung hervorgegangenen »Bündnis 90/Die Grünen«. Aktuell sind vor allem die Partei DIE LINKE und die Piratenpartei bewegungsaffin. Die Piratenpartei hat eine starke Wurzel in den derzeitigen Bewegungen gegen Überwachung

chung von sozialen Bewegungen und Protest und der damit einhergehende Aufmerksamkeitsverlust in den Massenmedien wurde immer wieder wellenförmig durchbrochen – durch die Neuen Sozialen Bewegungen der 80er Jahre (unter anderem Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung), die Globalisierungskritik seit der Jahrtausendwende und in jüngster Zeit mit den Protesten gegen Castor-Transporte und Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 (Hutter, Teune 2012).

Ausgelöst von den jüngsten Protesten in Deutschland und mehr noch dem arabischen Frühling, den Krisenprotesten in Südeuropa und der Occupy-Bewegung folgte in der politischen Öffentlichkeit wieder eine rege Diskussion über Rolle und Bedeutung sozialer Bewegungen in gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchsituationen (Roth 2012). Auch wenn sich die Diskussion sehr stark auf Ausschnitte des komplexen Phänomens fokussierte, beispielsweise die Rolle von Facebook im arabischen Frühling oder das scheinbar neue Phänomen der konservativen »Wutbürger« viele Berichte dominierten, gilt also wieder die Zustandsbeschreibung »viel Protest«.

Wir leben aber nicht nur in einer Bewegungsgesellschaft, sondern auch in einer Wissensgesellschaft – einer Gesellschaft, in der die Produktionsverhältnisse nach wie vor kapitalistisch strukturiert sind, und in der industrielle Produktion nicht verschwinden wird, in der aber theoretisches Wissen als Produktivkraft eine immer bedeutendere Rolle spielt (Heidenreich 2003; Kumar 2005; Stehr 1994). Wissensgesellschaften sind nicht nur durch die zunehmende ökonomische Bedeutung von Wissen geprägt – sie sind nicht nur Wissensökonomien. Wissensgesellschaften sind auch dadurch charakterisiert, dass Wissenspolitiken Gesellschaft ordnen, Macht und Herrschaft legitimieren, gestalten und festigen, Ansichten normieren, Menschen ein- und ausschließen (Foucault 2008; Butler 1991; Jäger 2001; Keller 2008). Wissensgesellschaften bilden zudem hochgradig spezialisierte Institutionen aus, die systematisch Wissen produzieren, verwalten, differenzieren und damit eine Art zweite, auch immer wieder in die Gesellschaft zurückwirkende Beobachter-Realität schaffen. Der zentrale »Ort« dafür ist die Wissenschaft. Sie erarbeitet detailliertes Wissen vom Funktionieren der

und Grundrechtsabbau. DIE LINKE begreift sich explizit als bewegungsnah und formuliert schon in der Präambel ihres Programms: »Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, in Europa und weltweit, mit Gewerkschaften und Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und gesellschaftlichen Alternativen.« (Programm der Partei DIE LINKE 2011).

Weltwirtschaft² bis zum Paarungsverhalten der Nacktmulle und produziert entsprechende Einrichtungen und legitimierte SprecherInnen, die »ExpertInnen«.

Angesichts dieser Situation ist es bemerkenswert, dass es in der Bundesrepublik eine institutionalisierte Wissenschaft des Protests und der sozialen Bewegungen kaum gibt. Während im angelsächsischen Raum und insbesondere den USA die Bewegungsforschung eine etablierte Subdisziplin der Soziologie und in geringerem Umfang auch der Politikwissenschaft ist und beispielsweise auch in Italien, Frankreich, den Niederlanden oder Schweden etablierte Zentren der Bewegungsforschung existieren, gibt es in Deutschland keine strukturell verankerte universitäre Forschung über die Breite des Feldes sozialer Bewegungen.³ Die einzige universitäre Forschungseinrichtung zu sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik, das Bochumer »Institut für soziale Bewegungen«, ist in seiner bisherigen Ausrichtung historisch (auf die ArbeiterInnenbewegung) und regional (auf das Ruhrgebiet) fokussiert.⁴ Allein am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) gab es bis zum vorvergangenen Jahr kontinuierliche sozialwissenschaftliche Protestforschung durch die von Friedhelm Neidhardt Ende der achtziger Jahre gegründete und später von Dieter Rucht geleitete Abteilung »Öffentlichkeit und soziale Bewegungen« und dort etablierte Forschungsgruppen. Mit der Pensionierung Ruchts ging allerdings auch die Arbeit der Gruppe am WZB zu Ende, da die Stelle nicht neu ausgeschrieben wurde.

Vereinzelt gibt es Drittmittelprojekte, in denen zu einzelnen Protesten oder Aspekten sozialer Bewegungen geforscht wird und lose Forschungsk Kooperationen wie beispielsweise das DFG-Netzwerk »Neue Perspektiven auf Soziale Bewegungen und Protest« (Roose, Ullrich 2012). Diskontinuierlich entstehen einzelnen Protestphänomenen gewidmete regionale Cluster wie an der Universität Siegen oder auch kurzfristigen medialen Aufmerk-

2 Dieses Wissensfeld ist angesichts der Hilflosigkeit der »ExpertInnen« im Umgang mit den Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrisen der vergangenen Jahre allerdings eher ein Beispiel dafür, dass hohe Spezialisierung keinesfalls ein Qualitätsgarant ist. Vielmehr kann ausdifferenziertes Spezialwissen gegebenenfalls eher die Fiktion des Verstehens komplexer Prozesse aufrechterhalten.

3 Einen ausführlichen Überblick über die Institutionalisierung in verschiedenen Ländern und informellere persönliche Netzwerke in der Forschung liefert Rucht (2011).

4 Die kürzlich erfolgte Ausschreibung einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Juniorprofessur zum Thema »Globalisierungskonflikte, Arbeit und soziale Bewegungen« deutet hier einen gewissen Richtungswechsel an.

samkeitswellen folgende Forschungsprojekte, wie die vom Göttinger Institut für Demokratieforschung durchgeführte BP-Gesellschaftsstudie »Die neue Macht der Bürger« (Marg et al. 2013). Diese Studie war aufgrund der Industriefinanzierung in sozialen Bewegungen harscher Kritik ausgesetzt. Und auch in der forschenden Community ist der wohl zum Teil intransparente Umgang mit dem Finanzier der Studie heftig diskutiert worden,⁵ wogegen sich das für das Projekt verantwortliche Göttinger Institut für Demokratieforschung wehrte (Walter et al. 2013). Unabhängig vom Wahrheitsgehalt der divergierenden Sichtweisen auf die Probleme dieser konkreten Befragung verweist die Debatte auf ein grundsätzliches Problem der Bewegungsforschung in Deutschland: Ohne institutionelle Absicherung ist es um die Bedingungen für eine Wissensproduktion über soziale Bewegungen schlecht bestellt, die nicht nur von den Unwägbarkeiten der Drittmittelforschung und interessengeleiteten ad-hoc-Entscheidungen von wirtschaftlich orientierten Förderern oder Stiftungen abhängig ist.

Institutionelle Kontinuität der deutschen Bewegungsforschung stellt am ehesten das seit nunmehr 25 Jahren existierende »Forschungsjournal Soziale Bewegungen« (ehemals »Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen«) mit dem damit verbundenen Arbeitskreis Soziale Bewegungen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) her. Allerdings verfolgt das Forschungsjournal, anders als sein Name vermuten lässt, ein breiteres Themenfeld – von Bewegungsforschung über Zivilgesellschafts-, Engagement- bis zur Parteienforschung. Als Medium an der Grenzlinie zwischen Wissenschaft und Journalismus hat es nie die Reputation der etablierten (aber deutlich später gegründeten) englischsprachigen Fachzeitschriften »Mobilization« und »Social Movement Studies« erreicht.

Nichtsdestotrotz gab es in den letzten beiden Jahren auch hierzulande eine ungewöhnliche Vielzahl von Publikationen, Workshops und wissenschaftlichen Konferenzen, besonders zum arabischen Frühling und zur Occupy-Bewegung. Protestforschung ist ein sehr beliebtes Thema für wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten,⁶ doch eine berufliche Perspektive

5 Vgl. dazu Müller (2013) und die Diskussion über BP als Drittmittelgeber, die in der Mailingliste Bewegungsforschung via Jana Ballenthien, bewegungsforschung@lists.riseup.net geführt wurde.

6 Die mangelhafte Institutionalisierung von fachlicher Kompetenz in der Breite verdeutlicht sich auch im Bestehen des seit mehreren Jahren vom AK Soziale Bewegungen der DVPW in Berlin durchgeführten Kolloquiums »Politik von unten«, welches für viele Promovierende deutscher Hochschulen der einzige Anlaufpunkt zum Austausch über ihre Forschung unterhalb von Kongresspräsentationen ist.

lässt sich mit solcher Expertise in der Bundesrepublik nicht begründen. Dabei ist das gesellschaftliche Interesse an kompetenten Einschätzungen zum Protestgeschehen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, was sich unter anderem an der wachsenden Zahl an Interviews und Kommentierungswünschen durch JournalistInnen zeigt.

Gegenstand

Gelegentlich konnte dabei auch mancher Medienhype aus der Wissenschaftsperspektive empirisch geerdet werden: So zeigte beispielsweise die Arbeit der Berliner ForscherInnengruppe, dass die in Stuttgart demonstrierenden »Wutbürger« mitnichten so stark vom üblichen DemonstrantInnenprofil, beispielsweise der Friedensbewegung, abwichen. Anders als häufig angenommen wurde, waren sie nur wenig bürgerlicher oder konservativer; auch in Stuttgart waren vor allem recht gut gebildete, linksliberale Mittelschichtangehörige, die bereits zu anderen Anlässen Demonstrationserfahrungen gesammelt hatten, auf den Straßen (Baumgarten, Rucht 2013). Die Forschung zu sozialen Bewegungen ist geeignet, falsches Allerweltswissen zu verunsichern, aktuelle Proteste zu »vermessen« und kompetente Einschätzung zum Protestgeschehen zu geben – im besten Fall theoretisch begründet, empirisch breit unterfüttert und auch historisch und global informiert. Dieses zeitlich und geographisch breite Wissen ist von besonderer Relevanz, wenn in der kurzen Aufmerksamkeitshorizonten folgenden medialen Öffentlichkeit scheinbar neue Phänomene oder Formen entdeckt werden. Die mediale Berichterstattung über Occupy suggerierte beispielsweise häufig und fälschlicherweise, mit den Camps sei eine neue Protestform entstanden, und vergaß dabei, dass die Inanspruchnahme öffentlicher Plätze zu den ältesten Protestritualen gehört (Tilly 1995), und dass es insbesondere in der jüngeren Vergangenheit, zum Beispiel mit der Besetzung des Tiananmen Platzes, prominente Vorläufer gab. Ein anderes Beispiel ist die übliche Assoziation von Selbstmordattentaten mit dem radikalen Islamismus, obwohl diese eine weit zurückreichende »Tradition« unter anderem in asiatischen Ländern haben.

Protestforschung behandelt aus ihrer Perspektive einige der drängendsten Probleme unserer Zeit. Während unter postdemokratischen Vorzeichen inhaltlich kaum mehr unterscheidbare Parteien ihre Bindungskraft

verlieren (Crouch 2004; Pharr, Putnam 2000), während mehr und mehr politische Entscheidungsmacht an dürftig legitimierte supranationale Institutionen oder technokratische Expertengremien delegiert wird (Leibfried, Zürn 2006), während eine autoritäre Austeritätspolitik demokratische Institutionen mit unverblümter Offenheit aushebelt, werden von vielen Seiten große Hoffnungen in soziale Bewegungen gesetzt. Diese entwickeln andere Formen des Austauschs und der kollektiven Entscheidungsfindung und sind ein zentraler gegenhegemonialer Akteur in der aktuellen Krisenbewältigung und in vielen anderen umstrittenen Politikfeldern. Soziale Bewegungen können »Laboratorien der Demokratie« (Calhoun 2013; Teune 2012) sein und stehen – wenn auch nicht ausschließlich – für den Versuch der Einlösung von Michel Foucaults Utopie, »nicht dermaßen regiert zu werden«, sondern die eigenen Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen (Dege et al. 2010).

Soziale Bewegungen sind Träger und Ausdruck von gesellschaftlichen Veränderungen (Melucci 1996). Sie kündigen diese an, bevor Richtung und Inhalt der Veränderungen feststehen. Sozialer Wandel in modernen Gesellschaften ist ohne eine Analyse sozialer Bewegungen nicht zu verstehen. Sie sind zentrale Akteure, die die bestehende Ordnung destabilisieren und die Wandlungsprozesse antreiben und beschleunigen oder auch versuchen, sich ihnen zu widersetzen. Dies gilt für die Makro-Prozesse gesellschaftlichen Wandels, aber auch für viele kleinteilige gesellschaftliche Konfliktkonstellationen, in denen der Outcome nicht soziale Transformation, sondern Policy-, Norm- oder Einstellungswandel ist.

Besonders auf dieser Ebene hat die Bewegungsforschung in den letzten Jahrzehnten zu einem beachtlichen Wissensfortschritt geführt: Welches sind die politischen Gelegenheitsstrukturen, die es sozialen Bewegungen erleichtern, für ihre Forderungen Unterstützung zu finden und diese auch durchzusetzen (Kitschelt 1986; Kriesi 1995; Tarrow 1994)? Welche diskursiven und performativen Strategien erlauben es Bewegungen, die in der Regel weder über große finanzielle noch über Machtressourcen verfügen, dennoch gegenüber finanzstarken, institutionalisierten und machtvollen GegnerInnen zu bestehen (Benford, Snow 2000; Gamson 1992)? Welche ihrer Problemdeutungen erzielen gesellschaftliche Resonanz und entsprechende Mobilisierungserfolge (Snow et al. 1986; Gerhards, Rucht 1992; Ferree et al. 2002)? Wie entstehen überhaupt Bewegungen als kollektive Akteure, die in gesellschaftliche Konflikte intervenieren und mehr sind als bloße Aggregation zufällig versammelter Individuen (Melucci 1995)? Welche

biographischen Faktoren führen zu (dauerhaftem) Engagement (McAdam 1999; Passy, Giugni 2000)? Welche Netzwerke bilden Bewegungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Individuen heraus (Diani 2003)? Gibt es wiederkehrende Mechanismen, die soziale Bewegungen über die Zeit und geographische Räume hinweg verbinden (McAdam et al. 2001)? Auch wenn es in der Bewegungsforschung – wie überall in den Sozialwissenschaften – keine allgemein anerkannten Antworten auf diese Fragen gibt und verschiedene Denkschulen jeweils unterschiedliche Aspekte stärker in den Vordergrund rücken, ist in den letzten Jahrzehnten das Wissen über die Bedeutung und die Funktionsweisen sozialer Bewegungen enorm gewachsen – begleitet von einer epistemischen Ausdifferenzierung und eigenständigen Methodenentwicklung (Hellmann, Koopmans 1998; Klandermans, Staggborg 2002).

Der besondere Nutzen von Protestforschung besteht darin, dass sie, zumindest solange es um eher progressive Bewegungen geht,⁷ oft von einer gewissen Grundsympathie mit ihrem Objekt angetrieben, doch meist ausreichend kritische Distanz wahrt, um nicht schlicht die Selbstbeschreibungen und Selbstmissverständnisse der Bewegungen zu reproduzieren. Protestforschung in diesem Sinne hinterfragt nicht nur mediales Schablonenwissen über den Protest, sondern auch das Meinen der Bewegten (Ullrich 2012a). Sie erforscht im besten Fall, diejenigen Konstitutionsbedingungen, Dynamiken und Folgen von Protest, die aus der Innensicht oft kaum deutlich werden. Dazu gehören auch Ambivalenzen der Bewegungspolitik, beispielsweise die Lücken zwischen eigenen universellen Ansprüchen und oft sehr partikularen Praxen, wenn beispielsweise informelle Hierarchien die selbstgesetzten egalitären Ansprüche unterlaufen. Oder sie kann zeigen, wie sehr bestimmte Abgrenzungs- und Identitätsbedürfnisse oder nationale Prägungen für Bewegungshandeln bestimmend werden (Daphi et al. 2013; Eder 2000; Ferree et al. 2002; Ludwig 1995; Ullrich 2012a) und trägt damit auch zum Verständnis von Schwierigkeiten in der wachsenden transnationalen Kooperation sozialer Bewegungen bei. Bewegungsforschung stellt damit auf verschiedenen Ebenen auch Wissensangebote für eine kritische Selbstreflektion von Protestakteuren bereit.

Höchst notwendig ist *kritische* Protestforschung auch hinsichtlich des Umgangs der Gesellschaft und insbesondere des Staates mit Protest. Die konkrete Choreographie von Protestereignissen (Marx 2003; Scholl 2012)

⁷ Die frühe deutsche Protestforschung beschäftigte sich fast ausschließlich mit progressiven Neuen Sozialen Bewegungen, hat diesen Fokus aber längst zugunsten einer breiteren Sichtweise aufgeweicht, die auch religiöse oder rechtsradikale Bewegungen umfasst.

ist häufig das Ergebnis der Interaktion von mindestens zwei Akteursgruppen: der Protestierenden und der Polizei oder anderer Repressionsorgane, auch wenn letztere nicht die eigentlichen Adressaten des Protests sind. In der Bundesrepublik war seit den 1960er Jahren ein zunehmendes Maß an Toleranz gegenüber Protestierenden sowie eine Abnahme des Einsatzes eskalierender Polizeistrategien zu beobachten. Der polizeiliche Respekt für das demokratische Recht auf öffentlichen Protest war gestiegen, das war der Tenor der Forschung. Das ging bis hin zur Akzeptanz geringfügiger Gesetzesübertretungen im Sinne eines friedlichen Gesamtverlaufs von Demonstrationen (McPhail et al. 1998; Wisler 2003). Dieses Bild entspricht in jüngster Zeit immer weniger der Realität (della Porta et al. 2006: 4; Smith 2001: 16; Tackenberg, Wisler 2007: 7). Die übermäßige Brutalität des Polizeieinsatzes im September 2010 gegen die Gegner des Bahnhofprojektes »Stuttgart 21«, die Repressionsorgie gegen die Blockupy-Proteste in Frankfurt (Mai 2012) und die Auflösung aller größeren Occupy-Camps stehen für eine zunehmend repressive staatliche Antwort auf Proteste, besonders in Zeiten der Krise (Ullrich 2012b). Präventivmaßnahmen wie die martialische Armierung der BeamtenInnen, einschließende Begleitung, dauerhafte Videoaufzeichnung, nationale und internationale Datensammlungen, verschärfte Auflagenerteilung, der Versand von »Gefährderanschriften« und komplette Demonstrationsverbote lassen die Grenze von Prävention und Repression erodieren (della Porta, Diani 1999: 210; Heßdörfer et al. 2010; Ullrich, Wollinger 2011; Winter 1998). Die Bewegungsforschung hat seit den 1990er Jahren dazu beigetragen, das Wissen über relevante Faktoren der Interaktion zwischen Polizei und Protestierenden sowie über staatliche Gewalteskalation im Bereich unkonventioneller politischer Beteiligung und deren negative Wirkungen auf Grund- und Freiheitsrechte zu erhöhen (della Porta, Reiter 1998; Soule, Davenport 2009; Willems et al. 1988). Angesichts neuerer polizeilicher Proteststudien und des zwar kontinuierlichen, aber extremismustheoretisch vernebelten Blicks des Verfassungsschutzes auf Protestbewegungen ist hier weitere akademische Forschung angezeigt.

Die größte inhaltliche Herausforderung für die Protestforschung besteht sicherlich darin, die Auswirkungen gegenwärtiger tiefgreifender Transformationsprozesse, die mit den Schlagworten Postfordismus, neoliberale Gouvernementalität, Globalisierung, Netzwerkgesellschaft oder Post-Demokratie verbunden sind, auf die Formierung und die Erfolgchancen von Protest zu verstehen, denn eine systematische gesellschaftstheoretische Reflexion findet derzeit meist nur am Rande des Feldes statt. Abgesehen von

einigen frühen, von den Debatten des französischen Neo- und Postmarxismus geprägten Arbeiten, die soziale Bewegungen explizit als Ausdruck und Träger von makro-sozialen Veränderungsprozessen verstanden haben (Melucci 1989; Touraine 1972; Touraine et al. 1982), der globalhistorischen Perspektive Charles Tillys (1984, 2004) und bisher kaum weiterverfolgten systemtheoretischen Ansätzen (Hellmann 1996; Luhmann 1996), hat sich die Bewegungsforschung in der Regel auf Theorien mittlerer Reichweite beschränkt (Rucht 2011: 34) und sich verschiedene neuere sozialtheoretische Entwicklungen, darunter den *cultural* und *pictorial turn* oder die Foucaultsche Diskurs- und Gouvernementalitätstheorie bisher kaum fruchtbar angeeignet (Baumgarten, Ullrich 2012; Doerr et al. 2013). Aktuell dominiert ein rationalistisch-strategischer Blick durch eine »instrumentalist-structuralist lens« (Johnston 2009: 3) weite Teile der Profession – ein Ergebnis des prägenden Einflusses der US-amerikanischen Bewegungsforschung mit ihren spezifischen Theoriekontexten und ihrer Wahrnehmung von Bewegungen als einer Gruppe von Akteuren unter anderen im pluralistischen Wettbewerb der Interessendurchsetzung (Eyerman, Jamison 1991: 27).

Bewegungsforschung ist daher bisher kaum in der Lage, Antworten darauf zu geben, ob etwa die allgegenwärtige neosoziale Aktivierungspolitik (Lessenich 2008; Rose 1996) letztlich hinderlich für Protest ist, weil sie vollkommen individualisierte Subjekte schafft, die im Fitnessstudio, im Jobcenter, beim Ernährungsberater oder im Personality Coaching nur gelernt haben, dass sie im Zweifel selbst an ihrer Misere schuld sind (Bröckling 2003; Schmidt-Semisch 2000)? Oder verhält es sich genau gegenteilig und die allgemeine Präkarität fungiert trotz Aktivierungspolitik nicht nur als Motor stets uneinlösbarer Aspirationen zur Selbstoptimierung, sondern kann gerade auch Ausgangspunkt von politischer Bewegung sein? Führt die Herausbildung einer Netzwerkgesellschaft tatsächlich, wie Manuel Castells (2004) behauptet, zum Bedeutungsverlust der Zivilgesellschaft als Kristallisationspunkt sozialer Bewegungen? Welche Konsequenzen haben die mit der Herausbildung von Wissensgesellschaften einhergehenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse für die Verschiebung gesellschaftlicher Konfliktlinien und die Entstehungsbedingungen sozialer Bewegungen (Haunss 2013)? Welche Auswirkungen hat die Mittelschichtdominanz im Phänomen Soziale Bewegungen auf die soziale Ungleichheit in einer sich wandelnden und partizipativer werdenden Demokratie? Und wird mit ihrer Thematisierung möglicherweise ein ebenso mittelschichtlastiger Blick auf soziale Konflikte verfestigt,

der andere Formen der Konfliktaustragung, wie beispielsweise Riots, de-thematisiert (Hohenstatt, Rinn 2014)? Um zur Beantwortung solcher und anderer Fragen beizutragen, wäre in der deutschen Hochschullandschaft das nötig, was in den USA inzwischen an den renommierten Universitäten eine Selbstverständlichkeit ist: eine etablierte Protestforschung.

Zukunft

Ansätze, die in diese Richtung gehen, gibt es seit Kurzem in Berlin. Dort hat sich ein Kreis von Engagierten zusammengefunden, darunter ehemalige Mitglieder der WZB-Gruppe und viele andere, Protestforschung wieder mit einem eigenen Ort zu versehen. Sie haben einen »Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V.« gegründet, der zusammen mit institutionellen PartnerInnen ein gleichnamiges Institut für »Protest- und Bewegungsforschung i.G.« ins Leben gerufen hat.⁸ Konkrete Kooperation besteht mit dem Wissenschaftszentrum Berlin, welches eine Geschäftsführungsstelle finanziert, und der Technischen Universität Berlin, die dem Institut Räume zur Verfügung stellt. Kooperationen mit anderen Forschungseinrichtungen in Berlin sowie auf nationaler und internationaler Ebene werden angestrebt oder derzeit schon aufgebaut, darunter möglicherweise ein Graduiertenkolleg zu europäischen Krisenprotesten. Mit dabei sind etablierte und jüngere ForscherInnen und PublizistInnen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten sozialer Bewegungen befassen und befasst haben. Das Institut ist als Forschungseinrichtung konzipiert, die zugleich auf intensive Kommunikation mit der an ihren Forschungen interessierten Umwelt, also Medien, Zivilgesellschaft usw. setzt. Insbesondere die Arbeit an der bestehenden Protestdatenbank aus der WZB-Forschung soll mit langfristiger Perspektive als dauerhaftes Protestmonitoring fortgeführt werden. Geplant sind zudem anlassbezogene Befragungen Demonstrierender und Analysen aktueller Konflikte beispielsweise um Infrastrukturprojekte. Weitere Forschungsprojekte aus dem weiten Feld der oben skizzierten Fragen werden als Drittmit-

8 Aktuelle Informationen zu Verein und Institut, Mitgliedern und UnterstützerInnen, Wirkungsmöglichkeiten und Veranstaltungen sowie aktuelle inhaltliche Veröffentlichungen und Vernetzungsangebote finden sich auf der Homepage www.protestinstitut.eu. Die beiden Autoren sind aktiv am Prozess des Institutsaufbaus beteiligt, ohne dass dieser Artikel deshalb als eine offizielle Institutsverlautbarung zu verstehen ist.

telprojekte am Institut angesiedelt sein. Laufende Teilforschungen dieser Art befassen sich unter anderem mit der Genossenschaftsbewegung, deliberativer Demokratie und Videoüberwachung von Demonstrierenden. Eine deutschsprachige Tagung im Juni 2013 am WZB – mit dem auch hier namengebenden Thema »Viel Protest – wenig Forschung« – und eine internationale Tagung im kommenden Jahr sollen das Institut öffentlich bekannt machen.

Im besten Fall könnte das Institut zu einem wichtigen Anker der Wissensproduktion der Bewegungsgesellschaft werden. Eine nachhaltige Verstärkung der Bewegungsforschung in Deutschland wird aber nur gelingen, wenn Anreize geschaffen werden, soziale Bewegungen nicht nur vor dem Hintergrund eigener Bewegungserfahrungen oder im Studium geweckten Interesses an Protest und seinen Akteuren in Studienabschluss- und Doktorarbeiten zu beforschen. Theoretisch fundierte und über den einzelnen Fall hinausgehende Forschung über die Dynamiken der Interaktion von Bewegungen und Gesellschaft braucht langfristig angelegte Forschungsstrukturen – und das sind im deutschen Hochschulsystem einzig Professuren.

Literatur

- Baumgarten, B., Rucht, D. 2013: Die Protestierenden gegen »Stuttgart 21« – einzigartig oder typisch? In F. Brettschneider, W. Schuster (Hg.), Stuttgart 21 – Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: VS, 97–125.
- Baumgarten, B., Ullrich, P. 2012: Discourse, Power and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault. WZB Discussion Paper SP IV 2012–401, Berlin.
- Benford, R.D., Snow, D.A. 2000: Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26 Jg., 611–639.
- Bröckling, U. 2003: Das demokratisierte Panopticon. Subjektivierung und Kontrolle im 360°-Feedback. In A. Honneth, M. Saar (Hg.), Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 77–93.
- Butler, J. 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Calhoun, C. 2013: Occupy Wall Street in perspective. *The British Journal of Sociology*, 64. Jg., 26–38.
- Castells, M. 2004: *The Power of Identity*. Oxford: Blackwell.
- Crouch, C. 2004: *Post-Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Daphi, P., Lê, A., Ullrich, P. 2013: Images of Surveillance. The contested and embedded visual language of anti-surveillance protests. In N. Doerr, A. Mattoni,

- S. Teune (Hg.), *Advances in the Visual Analysis of Social Movements*. Band 35, Bingley: Emerald, 55–80.
- Dege, M., Grallert, T., Dege, C., Chimirri, N. (Hg.) 2010: *Können Marginalisierte (wider)sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- della Porta, D., Diani, M. 1999: *Social movements. An Introduction*. Oxford: Blackwell.
- della Porta, D., Peterson, A. Reiter, H. 2006: *Policing transnational protest. An introduction*. In diess. (Hg.), *The policing of transnational protest*. Aldershot: Ashgate, 1–12.
- della Porta, D., Reiter, H. (Hg.) 1998: *Policing Protest: The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Diani, M. 2003: *Networks and Social Movements: A Research Programme*. In M. Diani, D.M. Adam (Hg.), *Social Movements and Networks*. Oxford: Oxford University Press, 299–319.
- Doerr, N., Mattoni, A., Teune S. (Hg.) 2013: *Advances in the Visual Analysis of Social Movements*. Band 35. Bingley: Emerald.
- Eder, K. 2000: *Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Eyerman, R., Jamison, A. 1991: *Social movements. A cognitive approach*. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Ferree, M., Gamson, W.A., Gerhards, J., Rucht, D. 2002: *Shaping abortion discourse. Democracy and the public sphere in Germany and the United States*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Foucault, M. 2008: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gamson, W.A. 1992: *Talking Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerhards, J., Rucht, D. 1992: *Mesomobilization. Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany*. *American Journal of Sociology*, 98. Jg., 555–595.
- Haunss, S. 2013: *Conflicts in the Knowledge Society. The Contentious Politics of Intellectual Property*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heidenreich, M. 2003: *Die Debatte um die Wissensgesellschaft*. In S. Böschen, I. Schulz-Schaeffer (Hg.), *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 25–51.
- Hellmann, K.-U. 1996: *Systemtheorie und neue soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hellmann, K.-U., Koopmans, R. 1998: *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Wiesbaden: VS.
- Heßdörfer, F., Pabst, A., Ullrich, P. (Hg.) 2010: *Prevent and tame. Protest under (self-)control*. Berlin: Dietz.

- Hohenstatt, F., Rinn, M. 2014: Diesseits der Bewegungsforschung: Das »Recht auf Stadt« als umkämpftes Verhältnis. In N. Gestring, R. Ruhne, J. Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, Wiesbaden: Springer VS (im Druck).
- Hutter, S., Teune, S. 2012: Deutschlands Protestprofil im Wandel. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62: 9–17.
- Jäger, S. 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, W. Viehöver (Hg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske und Budrich, 81–112.
- Johnston, H. (Hg.) 2009: *Culture, social movements, and protest*. Aldershot: Ashgate.
- Keller, R. 2008: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Kitschelt, H.P. 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest. *Anti-Nuclear-Movements in Four Democracies*. *British Journal of Political Science*, 16. Jg., 57–85.
- Klandermans, B., Staggenborg, S. (Hg.) 2002: *Methods of Social Movement Research*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Kriesi, H. 1995: The Political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on Their Mobilization. In J.C. Jenkins, B. Klandermans (Hg.), *The Politics of Social Protest*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 167–198.
- Kumar, K. 2005: *From Post-Industrial to Post-Modern Society. New Theories of the Contemporary World*. Malden: Blackwell.
- Leibfried, S., Zürn, M. (Hg.) 2006: *Transformationen des Staates?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lessenich, S. 2008: *Die Neuerfindung des Sozialen*. Bielefeld: Transcript.
- Ludwig, A. 1995: *Neue oder deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. 1996: *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marg, S., Geiges, L., Butzlaff, F., Walter, F. (Hg.) 2013: *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Marx, G.T. 2003: A Tack in the Shoe. Neutralizing and resisting the new surveillance. *Journal of Social Issues*, 59. Jg., 369–390.
- McAdam, D. 1999: The Biographical Impact of Activism. In M. Giugni, D. McAdam, C. Tilly (Hg.), *How Social Movements Matter*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 117–146.
- McAdam, D., Tarrow, S., Tilly, C. 2001: *Dynamics of Contention*. Cambridge: Cambridge University Press.
- McPhail, C., Schweingruber, D., McCarthy, J. 1998: Policing Protest in the United States: 1960–1995. In D. della Porta, H. Reiter (Hg.), *Policing protest. The control of mass demonstrations in Western democracies*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 49–69.

- Melucci, A. 1989: *Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society*. London: Hutchinson.
- Melucci, A. 1995: *The Process of Collective Identity*. In H. Johnston, B. Klandermans (Hg.), *Social Movements and Culture*. London: Routledge, 41–64.
- Melucci, A. 1996: *Challenging Codes. Collective Action in the Information Age*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Meyer, D.S., Tarrow, S. 1998: *A Movement Society: Contentious Politics for a New Century*. In diess. (Hg.), *The Social Movement Society: Contentious Politics for a New Century*. Lanham: Rowman and Littlefield, 1–28.
- Müller, U. 2013: *BP lässt Bürgerproteste untersuchen – was steckt dahinter? LobbyControl vom 6. Februar 2013, www.lobbycontrol.de/2013/02/bp-lasst-burgerproteste-untersuchen-was-steckt-dahinter/, letzter Aufruf 14. Mai 2013.*
- Neidhardt, F., Rucht, D. 2001: *Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure*. In D. Rucht (Hg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*. Frankfurt am Main: Campus, 27–70.
- Neidhardt, F., Rucht, D. 1993: *Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft«? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen*. *Soziale Welt*, 44. Jg., 305–326.
- Passy, F., Giugni, M. 2000: *Life-Spheres, Networks, and Sustained Participation in Social Movements: A Phenomenological Approach to Political Commitment*. *Sociological Forum*, 15. Jg., 117–144.
- Pharr, S.J., Putnam, R.D. 2000: *Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton: Princeton University Press.
- Roose, J., Ullrich, P. 2012: *Neue Perspektiven auf soziale Bewegungen und Protest. Ein Nachwuchsnetzwerk stellt sich vor*. *Studentisches Soziologiemagazin*, 5. Jg., 87–91.
- Rose, N. 1996: *Governing »Advanced« Liberal Democracies*. In A. Barry, T. Osborne, N. Rose (Hg.), *Foucault and political reason*. Chicago, London: UCL Press, 37–64.
- Roth, R. 2012: *Vorboten einer neuen Protestgeneration? Aus Politik und Zeitgeschichte* 62, 36–43.
- Roth, R., Rucht, D. (Hg.) 2008: *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rucht, D. 2011: *Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen*. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24. Jg. 21–47.
- Schmidt-Semisch, H. 2000: *Selber Schuld. Skizzen versicherungsmathematischer Gerechtigkeit*. In U. Bröckling, S. Krasmann, T. Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 168–193.
- Scholl, C. 2012: *Two sides of a barricade. (Dis)order and summit protest in Europe*. Albany: State University of New York Press.
- Smith, J. 2001: *Globalizing Resistance. The Battle of Seattle and the Future of Social Movements*. *Mobilization*, 6. Jg., 1–19.
- Snow, D.A., Rochford jun., B., Worden, S.K., Benford, R.D. 1986: *Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation*. *American Sociological Review*, 51. Jg., 464–481.

- Soule, S.A., Davenport, C. 2009: Velvet Glove, Iron Fist, or Even Hand? Protest Policing in the United States, 1960–1990. *Mobilization*, 14. Jg. 1–22.
- Stehr, N. 1994: Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Tackenberg, M., Wisler, D. 2007: Hutlose Bürschchen und halbreife Mädels. Protest und Polizei in der Schweiz. Bern: Haupt.
- Tarrow, S. 1994: Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Teune, S. 2012: Das produktive Moment der Krise Platzbesetzungen als Laboratorien der Demokratie, WZB Mitteilungen, Nr. 137, 32–33.
- Tilly, C. 1984: Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons. New York: Russell Sage Foundation.
- Tilly, C. 1995: Contentious Repertoires in Great Britain, 1758–1834. In M. Traugott (Hg.), Repertoires and cycles of collective action. Durham, London: Duke University Press, 15–42.
- Tilly, C. 2004: Social Movements, 1768–2004. Boulder: Paradigm.
- Touraine, A. 1972: Die postindustrielle Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Touraine, A., Hegedus, Z., Dubet, F., Wieviorka, M. 1982: Die antinukleare Prophezie. Zukunftsentwürfe einer sozialen Bewegung. Frankfurt am Main: Campus.
- Ullrich, P. 2012a: Kulturvergleich, diskursive Gelegenheitsstrukturen und linke Nahostdiskurse. Entwurf einer wissenssoziologischen und diskurstheoretischen Perspektive für die Protestforschung. In R. Keller, I. Truschkat (Hg.), Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Interdisziplinäre Perspektiven. Band 1, Wiesbaden: VS, 315–337.
- Ullrich, P. 2012b: Das repressive Moment der Krise. WZB-Mitteilungen, Nr. 137, 35–37.
- Ullrich, P., Wollinger, G.R. 2011: A Surveillance Studies Perspective on Protest Policing. The Case of Video Surveillance of Demonstrations in Germany. *Interface. A journal for and about social movements*, 3. Jg. 12–38.
- Walter, F., Butzlaff, F., Geiges, L., Marg, S. 2013: Über die eigene Arbeit und Geldgeber von Grundlagenforschung. Göttinger Institut für Demokratieforschung (6. Februar 2013). www.demokratie-goettingen.de/blog/uber-die-eigene-arbeit-und-bp-als-geldgeber-von-grundlagenforschung, letzter Aufruf 14. Mai 2013.
- Willems, H., Eckert, R., Goldbach, H., Loosen, T. 1988: Demonstranten und Polizisten. Motive, Erfahrungen und Eskalationsbedingungen. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut e.V., Juventa.
- Winter, M. 1998: Protest policing und das Problem der Gewalt. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 11. Jg., 68–81.
- Wisler, D. 2003: Quis custodiet? Police, mass media and democracy. Conference Paper, www.dcaf.ch/Chapter-Section/Chapter-14-Quis-custodiet-Police-mass-media-and-democracy-abstract, letzter Aufruf 14. Mai 2013.